

Die neue Macht der Bürger

Was motiviert die Protestbewegungen?

Bearbeitet von

Stine Marg, Michael Schmidt, Franz Walter, Lars Geiges, Felix Butzlaff, Christoph Hoefl, Julia Kopp, Christoph Hermann, Verena Hambauer, Ana Belle Becké, Jöran Klatt, Frauke Schulz, Tobias Neef, Pepijn van Dijk, Franz Hartmann, David Bebnowski, Nils Kumkar, Alexander Hensel, Stephan Klecha, Christopher Schmitz

1. Auflage 2013. Taschenbuch. 352 S. Paperback

ISBN 978 3 498 07254 4

Format (B x L): 13,4 x 20,9 cm

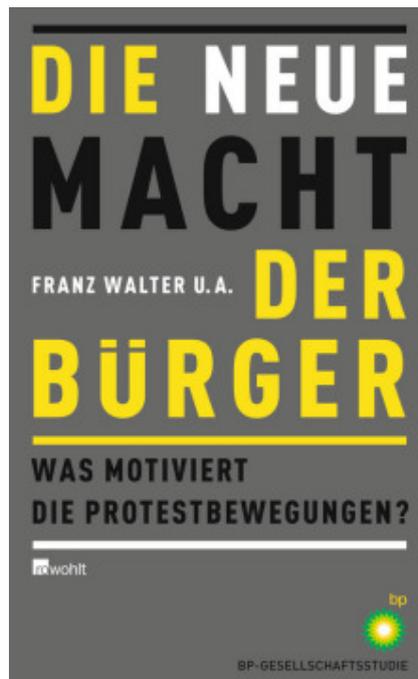
schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Leseprobe aus:

Die neue Macht der Bürger



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf rowohlt.de.

Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegungen? lautet der Titel des vor Ihnen liegenden Buches. Was motiviert ein Unternehmen wie BP – ein Unternehmen, welches selbst Ziel von Protesten war und ist –, Grundlagenforschung zu Protestbewegungen zu fördern?

Die BP kennt ihre Rolle in der Gesellschaft: Unsere Hauptaufgabe besteht darin, sicher und kostengünstig Energie für Mobilität und Wärme zu liefern. Ohne diese Energie ist unsere moderne Gesellschaft und hochentwickelte Wirtschaft nicht lebens- und arbeitsfähig. Dafür arbeiten wir bei BP engagiert jeden Tag.

Als Unternehmen sind wir vor allem durch unsere Mitarbeiter tief in der Mitte der Gesellschaft verankert. Wir hören und spüren, was um uns herum vorgeht. Trotzdem wissen wir noch zu wenig über die neuen Formen der Bürgerproteste. Dieses Phänomen muss unsere Gesellschaft – also Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – verstehen. Wir spüren, dass sich hier etwas aus der Gesellschaft heraus artikuliert. Was treibt unsere Mitbürger, die sich selbst bisher oft als ruhige Bürger empfunden haben, in den Protest gegen eine Baumaßnahme, gegen eine Schulpolitik, gegen fossile wie erneuerbare Energien?

Diesen Fragen kann ein Unternehmen selbst nicht nachgehen. Das ist Aufgabe der Wissenschaft. Was wir leisten kön-

nen, ist, die Forschung zu Bürgerprotesten zu fördern. Wir ermöglichen damit der Wissenschaft – in dieser Studie dem Göttinger Institut für Demokratieforschung –, diese Proteste zu untersuchen.

Das ist mit der nun vorliegenden Studie vortrefflich gelungen. Wir schulden dem Institut von Herrn Professor Franz Walter und seinem Team großen Dank dafür, dass sie sich engagiert mit dem Thema Bürgerprotest auseinandergesetzt haben. Dazu mussten Brücken gebaut werden, weil nach unserem Eindruck Unternehmen und politikwissenschaftliche Institute bisher noch über keine große Tradition der Zusammenarbeit verfügen. Umso mehr freuen wir uns, dass es mit dieser Studie geglückt ist, hier mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wir hoffen, dass die Ergebnisse Anlass zu vielen Diskussionen in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geben wird.

Michael Schmidt

Vorsitzender des Vorstands der BP Europa SE

Bürger in Bewegung

Zur Einführung

Franz Walter

Unlängst beherrschten noch Bilder von der revoltierenden Jugend mehrerer europäischer Metropolen die Titelseiten und Homepages der Medienwelt. Brennende Autos, plündernde Demonstranten, Straßenschlachten mit Polizisten, das waren visuelle Leckerbissen für die journalistischen Profis an den Newsdesks. Dahinter traten dann die hierzulande zuvor vielbeachteten «Wutbürger» ein wenig zurück. Denn der bundesdeutsche Wutbürger galt gegenüber dem jungen englischen «Sozialrebell» oder den französischen *jeunes de banlieus* eher als schon etwas gesetzter, nicht so aufregender Typus.

Doch die Protest- und Partizipationsbürger zwischen München und Hamburg sind nicht verschwunden, auch wenn es zuletzt etwas leiser um sie wurde. Sie gehen weiterhin auf die Straßen der Republik, demonstrieren gegen Stromtrassen, Flugzeuglandebahnen und Windräder. Sie organisieren Kampagnen gegen Bildungsreformen und mobilisieren gegen die Macht der Atomindustrie. Die Bürger sind in Bewegung – nur wie und wohin sie sich bewegen, darüber weiß man noch sehr wenig.

Dabei dürfte ihre Zeit gerade erst begonnen haben. Im alternden Deutschland der nächsten Jahrzehnte werden die Bürgerprotestler (vermutlich) noch stärkere Rollen als Organisatoren der Unzufriedenheit spielen. Ein bisschen salopp orakelt: Spätestens zwischen 2015 und 2035 werden sich Hunderttau-

sende hochmotivierter und rüstiger Rentner mit dem gesamten Rüstzeug der in den Jugendjahren reichlich gesammelten Demonstrationserfahrungen in den öffentlich vorgetragenen Widerspruch begeben. Das Altern der Republik wird also keineswegs zu Gleichgültigkeit in den öffentlichen Angelegenheiten führen – im Gegenteil. Doch wohin genau sich das alles politisch sortiert, ob sich die einzelnen Elemente des Dissens etwa gegen spezifische Großprojekte vereinheitlichen oder aber durch verschiedenartige Interessen auseinanderstreben, ist 2013 noch keineswegs deutlich, nicht seriös zu prognostizieren. Festhalten jedenfalls lässt sich ein Doppelbefund: Auf der einen Seite schwinden gesellschaftliche Integrationskräfte von Parteien, Verbänden und Kirchen, auf der anderen Seite entwickelt sich anscheinend eine rege Zivilgesellschaft mit postkonventionellen Partizipationsformen, um Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu nehmen. Irgendwo dazwischen finden wir auch viel ziellosten Verdruss einer typischen Misstrauensgesellschaft. Dies alles wird – sollte es sich verstetigen – unser Zusammenleben nachhaltig beeinflussen.

Dabei erscheint das Spektrum der Proteste nach wie vor unübersichtlich. Die Formen des Einspruchs reichen von kleinen Kampagnen über Mahnwachen bis hin zu Großdemonstrationen. Und diejenigen, die hier aktiv werden und Resistenz organisieren, passen anscheinend nicht mehr in die überkommenen Vorstellungen. Doch was sind eigentlich die entscheidenden Charakteristika dieser Proteste, die sich gegenwärtig an den unterschiedlichsten Themen an verschiedensten Orten in der Republik mit ganz variierender Intensität entzünden? Welche Motive treiben diejenigen an, die demonstrieren, campieren, sich an Gleise ketten, mit Sternmärschen und Lichterketten, Platzbesetzungen oder satirischen Happenings auf sich aufmerksam zu machen versuchen?

In ihrer Bürgerlichkeit jedenfalls setzen die Protestler der

Jahre 2010 ff. eine dominante Tradition aus dem vergangenen halben Jahrhundert fort. Die markanten Protestwellen mindestens seit den sechziger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland waren ganz überwiegend von bürgerlichen Teilnehmern durchwirkt. Die Achtundsechziger-Rebellen, später die erzürnten Bürger und Bauern auf dem Bauplatz in Wyhl, entstammten nicht dem Proletariat. Auf den Friedensmärschen und in den Alternativbewegungen der späten siebziger, frühen achtziger Jahre, aus denen die Grünen anfangs Antrieb und Personal zogen, sah man viel Nachwuchs des deutschen Bildungsbürgertums.

Bald fünfzig Jahre ist das her. Und natürlich haben sich gesellschaftliche Problemlagen gravierend verändert, die Bedingungen, die Protest umrahmen und mitbegründen, haben sich ungleich gewandelt. Die drängenden übergeordneten, auch unbeantworteten Fragen sind jedoch gestern wie heute dieselben: Was bewegt die Bewegungen? Was motiviert die Protestler? Was treibt sie an? Darum ging es den Autoren dieses Buchs. Sie fragten nach Wertvorstellungen, Sozialmoral und Tradition, die Deutschlands Aktivisten verbinden und letztlich in Bewegung versetzen. Welche Ressourcen, Wissensbestände und Routinen bringen sie in die Arbeit rund um die Bürgerinitiative, den Verein oder das Netzwerk mit ein? Welche zurückliegenden Erfahrungen mit zivilgesellschaftlichem Engagement, herkömmlichen politischen Institutionen oder gesellschaftlichen Strukturen haben diese Menschen gemacht? Wie wirken sich diese Erfahrungen auf ihre gegenwärtige Einstellung und ihr Handlungsrepertoire innerhalb des Protests aus? Gibt es Lernprozesse, die sich tradieren lassen? Verbindende Emotionen, die angesprochen werden? Narrative des Protests? Welche Vorstellung von Demokratie, Parteien, Politik und Gesellschaft leiten die Aktivisten? Was verbinden sie mit bestimmten, für unsere Gesellschaft zentralen Werten wie Verantwortung, Gerechtigkeit, Gleichheit oder auch Freiheit? Und was erwarten sie gene-

rell vom Staat und der Politik? Schließlich ermittelten wir auch, wie sie sich organisieren, wie sie Entscheidungen in informellen Gruppen treffen, welche Hierarchien, Strukturen und Organisationsrealitäten sich ausbilden.

Zu all diesen Fragen suchten wir in einer großangelegten Studie nach Antworten. Wir näherten uns den unterschiedlichen Protestformen über teilnehmende Beobachtungen auf Demonstrationen und Versammlungen, über Einzelinterviews und ausgedehnte Gruppengespräche. Um hier auch regional in die Breite zu gehen, Typen, Eigenarten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu entdecken, sind die Autorinnen und Autoren von Nord bis Süd, von Ost bis West der Republik unterwegs gewesen. Wir waren in urbanen Metropolen wie im ländlichen Raum. Wir haben ökonomisch boomende Regionen besucht und Gegenden, in denen der demographische wie betriebliche Wandel deutliche Spuren hinterlassen hat. Da die Studien ein möglichst breites Themenfeld abdecken sollen, bereisten wir die wahrlich weite bundesrepublikanische Protestlandschaft. Wir machten uns kundig in den Camps von Occupy, bei den Opponenten gegen Infrastrukturprojekte, bei den Organisatoren der Einsprüche gegen diverse Vorhaben im Kontext der Energiewende, den Kontrahenten von Schulreformen, den Aktivist:innen von Internetkampagnen und der Fronde gegen den Euro sowie den Protagonisten satirischer Protestgruppen. Wir hoffen, den Protest dieser Jahre dadurch verständlicher gemacht zu haben, ohne dabei in die Rolle der positiven Identifikation oder schroffen Distanzierung geschlüpft zu sein.

Die Studien sind am «Institut für Demokratieforschung» der Universität Göttingen entstanden. Über mehrere Jahre hatten wir dort bereits Untersuchungen zu historischen Sozialoppositionen durchgeführt. Nun gingen die Forschungen in die Beobachtung gegenwärtiger Bürgerproteste über. Förderer des konkreten Projekts war die BP Europa SE. Eine solche Koope-

ration war alles andere als selbstverständlich. Auf unserer Seite, der Sozialwissenschaft, existierten einige Unsicherheiten über Motive und Interessen des Förderers. Aber er hielt, was er von Beginn an versprach, und nahm keinen Einfluss auf Forschungsfragen, Methoden und die hier als Buch vorliegende Präsentation der Ergebnisse. Unter diesen Bedingungen halten wir weitere «Gesellschaftsstudien» für wünschenswert und lohnend.

Die nachfolgende Darstellung beginnt mit einer akkuraten Präsentation der Forschungsinstrumente und -ansätze. Die wissenschaftliche Forschung und Debatte verlangt das, gewiss mit einigem Recht. Doch nicht jeder Leser dürfte ein drängendes Interesse an dergleichen fachwissenschaftlichen Reflexionen und Diskursen verspüren. Wem die Details von Methodik und Begründung nicht allzu wichtig sind, muss sich der Lektüre dieses Abschnitts nicht aussetzen. Man kann sich auch gleich «ohne alle Mühsal akademischer Vorbauten und Umwege» (Dolf Sternberger) unmittelbar auf das Feld der sicher etwas anschaulicheren Protestermittlungen begeben.

Wie erforscht man Protest?

Forschungsdesign und Methodik

Stephan Klecha / Stine Marg / Felix Butzlaff

Wer protestiert, fällt auf. Denn Widerstand wird nicht im Stillen artikuliert, sondern meist laut und öffentlich – vor den Rathäusern, auf den Straßen und Marktplätzen. Schon deshalb sind die Protestbürger der vergangenen Jahre kaum zu übersehen gewesen. Man hört und liest von ihnen und von ihren Anliegen beinahe tagtäglich, wobei das Wissen über ebendiese Bürger auf den Barrikaden und ihren Protestformationen erstaunlich gering ist. Daher: Wie erforscht man Protest?

Zunächst einmal können politische Teilnahme im Allgemeinen und Protest im Besonderen als Symptome einer Legitimations- und Partizipationskrise des politischen Systems begriffen werden oder – positiv gewendet – als Ausdruck der politischen Emanzipation und somit als Potenzial für eine demokratische Revitalisierung verstanden werden. Darüber hinaus gilt: Politische Partizipation ist anstrengend. Und deswegen erzielen vergleichsweise einfach zu realisierende Maßnahmen wie die Teilnahme an Wahlen, die Diskussion im Freundes- oder Bekanntenkreis oder die Eingabe einer Petition unverändert hohe bis höchste Beteiligungswerte. Demgegenüber ist politisches Engagement abseits von Wahlen mit größerem Aufwand und zahlreichen Hürden verbunden und wird demzufolge von deutlich weniger Menschen regelmäßig wahrgenommen.¹ So verlangen alle Formen der politischen Mitwirkung jenseits der einfachen

Aktivitäten den Beteiligten ein höheres Maß an Verbindlichkeit ab und setzen mitunter andere Ressourcen und auch Fähigkeiten voraus.² Bei genauerer Betrachtung der Entwicklung in Deutschland ergibt sich gegenwärtig ein zweiseitiges Bild: Während die Wahlbeteiligung rückläufig ist, nimmt der Grad des Engagements in anderen Bereichen stetig zu und verändert sich zugleich. Spiegelbildlich dazu schwindet die Legitimität der durch Wahlen gestützten repräsentativen Demokratie, ohne dass neue Legitimitätsdepots bislang dafür einen Ersatz schaffen können.

Doch die Krise der Repräsentation muss nicht zwangsläufig zur Krise der Demokratie erklärt werden. Man kann die wachsende Bereitschaft, sich jenseits des Wahlakts politisch einzusetzen, auch als mögliches Element der Neubelebung von Demokratie begreifen. Wenn die repräsentative Demokratie hinterfragt wird und bürgerschaftliches Engagement sich dezidiert mit politischen Anliegen hervortut, so steckt darin ein immenses Potenzial der demokratischen Emanzipation. Aber das hat ebenfalls eine Kehrseite: je anspruchsvoller die politische Partizipation an sich, desto ungleicher die Teilhabe.³ Eben weil die komplexeren Angebote und Forderungen ganz bestimmte individuelle Ressourcen voraussetzen, findet auf dieser Ebene eine soziale Ausgrenzung der Teilhabenden statt, die vielleicht nicht so viel Wissen einbringen können.

Ob diese Feststellungen für die Initiatoren der Anti-ACTA-Demonstrationen (ACTA = Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen), Occupy-Camper oder die Proteste gegen Windkraftanlagen Geltung beanspruchen darf, ist eine Frage der vorliegenden Studie.

Dazu müssen die Bedingungen betrachtet werden, aus denen heraus eine Unzufriedenheit mit dem politischen System, mit seinen Leistungen oder Strukturen entsteht, und wie dieses dann in politische Aktion und zivilgesellschaftlichen Protest um-

schlägt. Und: welche Vorstellungen von Gesellschaft und Demokratie in den Protestformationen präsent sind, welche Aufgaben die Aktivisten den Parteien und Politikern zuschreiben, welche Erwartung sie an «die Politik» haben und welche Rolle sie «der Wirtschaft» zugestehen – all das ist nicht unbedeutend, wenn man über Wirkung und Folgen des gegenwärtigen Protests und des latent vorhandenen Protestpotenzials in unserer Gesellschaft nachdenkt. Weil seit einiger Zeit das bürgerschaftliche Engagement «außerhalb der konventionelle(n) Organisationsverfassungen und -formen»⁴ wächst, ist diese Fragestellung gerade im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Protestsektor zu erforschen. Zu klären ist dabei, unter welchen Umständen der Einzelne bereit ist, Energie, Herzblut, Zeit und Geld im politischen Feld für eine ihm dringliche und wichtig erscheinende Frage aufzuwenden.

Proteste an sich sind kein neues Phänomen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Noch vor den studentischen Protestkampagnen der späten sechziger Jahre gab es beispielsweise Demonstrationen gegen die Nutzung der Atombombe («Kampf dem Atomtod») oder die ersten Ostermärsche. Nach der *Spiegel*-Affäre 1962, bei der die Öffentlichkeit sich für die Pressefreiheit einsetzte, rollte bereits eine regelrechte Protestwelle durch das Land. Und auch der vermeintliche Höhepunkt 1968 stellt sich im Rückblick eher als Ouvertüre einer anhaltenden Protestgesellschaft dar, als die sich die Geschichte der Bundesrepublik ebenfalls deuten ließe: von den Anti-AKW-Demonstrationen über die Bewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss bis hin zu den Massenkundgebungen gegen den Golfkrieg – um nur einige Ereignisse zu nennen. Wenn man die ostdeutsche Friedensbewegung und natürlich die Umbrüche vom Herbst 1989 einbezieht, kann man Protest sogar als eine gesamtdeutsche Erfahrung auffassen. Demzufolge stellt das Thema mittlerweile auch ein eigenes Forschungsfeld innerhalb der Sozialwissen-

schaften dar. Diese Disziplinen operieren, um Protest, Demonstrationen, Partizipationsbegehren und Ähnliches zu fassen, vorzugsweise mit der Begrifflichkeit der «sozialen Bewegung» und skizzieren diese als ein «Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens ... das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist ...».⁵ Es stehen also Kollektivakteure und Protestnetzwerke mit ihrer geteilten Identität, dem Mobilisierungspotenzial und Deutungsstrategien im Forschungsfokus, während die individuelle Ebene, die biographische Prägung der Akteure und ihre Motivation vernachlässigt werden.⁶ In diese Lücke wollen wir mit unserem Forschungsprojekt stoßen und so zu einer umfassenden Erklärung des Protestes beitragen.

Aus dieser Perspektive ist unsere Untersuchung auch ein Beitrag zum Stand der Protestforschung in der Bundesrepublik. Wir erfassen Protest nicht mit quantitativen Methoden oder mittels der Auswertung von Polizei- und Zeitungsberichten,⁷ sondern nähern uns dem Feld mit einer breiten qualitativen Studie. Wir führten Gespräche mit zentralen Akteuren und Aktivisten (insgesamt achtzig Einzelinterviews) und arrangierten achtzehn Gruppendiskussionen mit jeweils sechs bis elf Teilnehmern. In diesen zwei bis drei Stunden dauernden Gesprächsrunden konfrontierten wir die Gesprächspartner mit Szenarien, Plan- und Kreativspielen, um ihre latenten Einstellungen und Werthaltungen herauszufiltern. Aus diesen Interviews und Fokusgruppen ergaben sich circa 1300 Seiten transkribiertes Material, das dann analytisch aufgearbeitet und verdichtet wurde. Somit konnten neueste und hochaktuelle Kenntnisse über die Träger des gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen Prozesses gewonnen werden. Unsere Stichprobe umfasst insgesamt 200 Personen, deren politische Aktivitäten wir methodisch geleitet in Einzelinterviews, Gruppendiskussionen

und mittels teilnehmender Beobachtung verstehend analysiert haben. So können wir – jenseits der pauschalisierenden Diskussionen über den Wutbürger – einen fundierten Einblick in die aktuellen Protestbewegungen bieten.⁸

Gerade die gegenwärtig so heterogene Protestlandschaft der Bundesrepublik ist allerdings analytisch schwierig zu fassen. Welche Protestzusammenhänge wählt man aus, mit welchen Aktivisten führt man ein Interview, wen lädt man in die Gruppendiskussionen ein, auf welche Veranstaltungen fährt der Sozialwissenschaftler als Beobachter und demzufolge auch: Was bezieht man *nicht* in die Untersuchung mit ein? Zunächst einmal ist diese Frage ganz pragmatisch zu beantworten: Auch eine Studie dieses Umfangs ist abhängig von Rahmenbedingungen, die das Forscherteam zwingen, abzuwägen, auszuwählen und schließlich zu ignorieren. Vor allem die Betrachtung aktueller Phänomene hängt vom Untersuchungszeitraum ab. Dieser erstreckte sich hier auf die erste Hälfte des Jahres 2012. Ziel des Projekts sollte das Verstehen und Erklären der gegenwärtigen und auch neuen Formen sein, die die gesellschaftspolitische Diskussion seit den Protesten um den Stuttgarter Bahnhof bestimmen. Auch deshalb standen die Aktivisten gegen Bauprojekte und die Hamburger Schulreform, die Organisatoren der Occupy-Camps und der Internetkampagnen in unserem Fokus und weniger die – in der Protestgeschichte schon beinahe etablierten – Ostermärsche, die Aktivitäten der Friedens- sowie Umweltbewegung oder die Demonstrationen gegen Rechts-extremismus.

Eine Ausnahme bilden in diesem Feld die Anti-Atom-Proteste. Wir haben diese jedoch bewusst mit einbezogen, weil die zahlenmäßig starken Demonstrationen seit dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima ein aktuelles Phänomen darstellen und gleichzeitig die Aktivisten aus diesem Bereich eine Art Kontrollgruppe unseres Untersuchungsgegenstands repräsentieren.

Denn fragt man nach individuellen Antriebskräften für Engagement und Protest, nach biographischen Prägungen, Organisationsformen, Wertefundamenten und politischen Einstellungen, ist davon auszugehen, dass Menschen mit einer langen Karriere als Vorkämpfer in etablierten Konfliktarenen andere Werthierarchien, Präferenzen und vor allem Erfahrungen haben als diejenigen, die schwungvoll und mit viel Elan die erste Demonstration ihres Lebens organisieren, und das womöglich in einem neu entstandenen Konfliktfeld. Indem wir also ebenfalls die Protagonisten der Anti-Atom-Proteste befragt haben, stellten wir gleichzeitig sicher, auch Aktivisten einzubeziehen, die über eine jahrzehntelange Erfahrung im Protestsektor verfügen. Somit ließ sich nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden etablierter und neu engagierter Akteure fahnden.

Noch einmal: Protest sollte in dieser Studie nicht über Organisation, Rahmbedingungen oder Kollektivakteure, sondern über die einzelne, im Feld tätige Person, über ihre Wertvorstellungen, Präferenzen und politischen Einstellungen erfasst werden. Doch nach welchen Kriterien wurden die jeweiligen Personen in unsere Untersuchung aufgenommen? Der Arbeitsbegriff unserer Studie war der des «Aktivisten». Wobei hier immer Männer *und* Frauen gemeint sind – Personen, die innerhalb des jeweiligen Protestzusammenhangs eine gewichtige Rolle einnehmen, wie zentrale Organisatoren oder auffällige Wortführer. Hätten wir uns jedoch auf diese Auswahlkriterien beschränkt, wäre die Gefahr sicher nicht klein, lediglich einen spezifischen Typus einzufangen: den nicht öffentlichkeitsscheuen, selbstbewussten Macher, während eventuell die stillen Strategen, leisen Vermittler oder gegebenenfalls radikaleren Typen vernachlässigt worden wären. Daher war der Arbeitsbegriff relativ offen formuliert und sollte ein breites Spektrum abdecken. Die im Protest Tätigen sollten jedoch ein «gewisses Aktivitätsniveau» aufweisen. Nur «Mitläufer» auf einer Demonstration kamen aber auch deswegen nicht in Be-

tracht, weil sich ein weiterer Aspekt um die Frage nach gesellschaftlichen Veränderungspotenzialen und der persönlichen Motivation für das «kostenintensive Engagement» drehte. Unter welchen Bedingungen sind Menschen bereit, persönliche Ressourcen zu investieren, um sich für oder gegen etwas einzusetzen und damit die Gesellschaft mitzugestalten? Denn es macht tatsächlich einen Unterschied, ob jemand an drei Abenden in der Woche zu einer Versammlung der Bürgerinitiative geht, um die nächste Aktion vorzubereiten, oder ob man lediglich durch Anwesenheit bei der Aktion seinen Beitrag leistet.

Um diese verschiedenen Akteure mit einzubeziehen, sind wir in den jeweiligen Themenbereichen so vorgegangen: Durch Veranstaltungsbesuche sind wir mit «Wortführern» des Protests in Kontakt gekommen. Dabei haben wir diese als *Gatekeeper* angesehen. Über deren Weiterempfehlungen haben wir nach dem Schneeballprinzip oftmals weitere Gesprächspartner ausfindig gemacht. Bereits über diesen Zugang ließen sich Netzwerke und Machtbeziehungen identifizieren und sich somit der Protest als eigenständiges soziales Phänomen analysieren. Diese Methode der Rekrutierung für die Fokusgruppen und Einzelinterviews war zwar überaus aufwendig, jedoch auch erfolgreich.

Was schließlich einen Aktivisten ausmacht, ob er tatsächlich die Vorstellung einer offenen Zukunft, Selbstbewusstsein und Vertrauen benötigt,⁹ um sich zu engagieren, welche verschiedenen Typen an Aktivist:innen es in den unterschiedlichen Protestzusammenhängen gibt, welche Motivationen und Wertvorstellungen sie leiten, welche biographischen Prägungen mit größerer Wahrscheinlichkeit einen aktiven und gesellschaftspolitisch engagierten Bürger hervorbringen als andere, soll am Ende unserer Untersuchung stehen.